

## Ergebnisprotokoll

über die 10. Sitzung der Informationskommission  
zum Kernkraftwerk Philippsburg  
am 20.02.2017 in der Jugendstilfesthalle Philippsburg

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr  
Ende der Sitzung: 20.35 Uhr

Anwesenheit gemäß Anwesenheitsliste (Anlage 1) - wird nicht an die  
Kommissionsmitglieder versandt oder auf der Internetseite veröffentlicht.

## Tagesordnung

1. Annahme der Tagesordnung
2. Laufende Gesetzgebungsverfahren
  - Bericht der Endlagerkommission und Fortentwicklung des Standortauswahlgesetzes
  - Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung
3. Aktuelle Revision von Block 2 des Kernkraftwerks Philippsburg (KKP 2)
4. Stand des Abbaus von KKP 1 sowie des Baus eines Reststoffbearbeitungszentrums (RBZ) und Standort-Abfalllagers (SAL)
5. Aktuelles/Verschiedenes
6. Nächste Sitzung
  - Themen und Informationswünsche der Kommissionsmitglieder
  - Künftige Verfahrensweise zur Meldung und Festlegung von Themenvorschlägen für Sitzungen der Kommission

Der Vorsitzende begrüßt die Kommissionsmitglieder und Zuhörer/innen und eröffnet die Sitzung. Er informiert, dass nach den Landtagswahlen alle Fraktionen neue Mitglieder in die Kommission entsandt haben. Weitere Änderungen gab es bei verschiedenen Stellvertreterposten.

## **1. Annahme der Tagesordnung**

Es werden keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung gestellt.

## **2. Laufende Gesetzgebungsverfahren**

- **Bericht der Endlagerkommission und Fortentwicklung des Standortauswahlgesetzes**
- **Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung**

Sylvia Kotting-Uhl MdB informiert über die Arbeit der Endlagerkommission, der sie angehört. Weiter berichtet sie über die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KfK) sowie das KfK-Gesetz. Sie geht in Ihrem Vortrag insbesondere auf die Maßnahmen zur Sicherstellung einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung ein. Die Präsentation ist auf der Internetseite der Infokommission KKP hinterlegt.

Der Vertreter der Stadt Philippsburg erkundigt sich, ob es Aktuelles zur Zukunft der Standortzwischenlager gibt. MdB Kotting-Uhl macht deutlich, dass es auch ihr ein wichtiges Anliegen sei, eine schnellstmögliche Lösung für die Standortzwischenlager zu finden. Es sei jedoch nicht Aufgabe der Endlagerkommission gewesen auch diese Frage zu beleuchten, sie sehe aber die Abhängigkeit und plädierte für eine baldige Festlegung eines Verfahrens zur Erarbeitung einer Lösung. Dabei müssten zwingend die betroffenen Kommunen beteiligt werden. Der Vertreter der Stadt Philippsburg bat darum, die „Zwischenlagerfrage“ baldmöglichst im Bundestag anzugehen.

Die Referentin verneinte die Frage, ob ihr schon konkrete Pläne zum Verantwortungsübergang für die Zwischenlager von den Betreibern auf die bundeseigene Gesellschaft bekannt seien (z.B. Eigentumsübergang der Grundstücke).

Die Frage des Vertreters der AfD, inwieweit die Endlagerkommission auch Erfahrungen aus anderen Ländern berücksichtigt hat, beantwortete MdB Kotting-Uhl dahingehend, dass man bei einem so komplexen Thema unbedingt auch Erfahrungen aus dem Ausland in die Überlegungen einbeziehen müsse. Sie skizzierte die Planungen in Frankreich, der Schweiz und skandinavischen Ländern bei der Endlagersuche und verdeutlichte, dass die jeweilige Ausgangslage teilweise nicht mit der in Deutschland vergleichbar sei, man diese somit nicht einfach auf Deutschland übertragen könne.

Der Vertreter des BUND erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zu sog. Härtungsmaßnahmen der Gebäudehülle des Standortzwischenlagers. Diese Frage wurde zur späteren Erörterung entgegen genommen.

### **3. Aktuelle Revision von Block 2 des Kernkraftwerks Philippsburg (KKP 2)**

Der Vertreter der EnBW Kernkraft GmbH informiert anhand einer Präsentation, die auf der Internetseite der Infokommission KKP verfügbar ist, über die Abschaltung des Blocks 2 nach Feststellung defekter Gewindebolzen an Lüftungshalterungen und die Ursachenanalyse. Ebenso informiert wird über vorgezogene Revisionsarbeiten.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob der in der Präsentation genannte Termin Ende März 2017 für das Wiederanfahren von KKP 2 die Vorstellung des Betreibers ist oder das Datum bereits so genehmigt ist. Der Vertreter der EnBW Kernkraft GmbH führt aus, dass komplexe bauliche Maßnahmen immer zeitliche Unwägbarkeiten mit sich bringen könnten, man aber dieses Zeitfenster aufgrund von Erfahrungswerten errechnet habe. Ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg führt hierzu und zu der Frage nach der Bewertung des Vorgangs durch die Aufsichtsbehörde aus, dass die Betreibereinstufung in die Kategorie E (Eilmeldung) und INES 0 (keine oder geringe sicherheitstechnische Bedeutung) aus Sicht des Ministeriums zum Zeitpunkt der ersten Meldung korrekt gewesen sei. Weiter wurde vom Ministerium ausgeführt, dass die Höherstufung in die Kategorie S und INES-Stufe 1 sofort erfolgte, nachdem klar war, dass alle Redundanzen im Notspeisegebäude betroffen sein könnten. Die Einstufung in die INES-Stufe 1 wurde mit dem Ende Dezember 2016 vorliegenden Kenntnisstand vom INES-Officer bestätigt.

In Erwidern der Frage des Vorsitzenden wird auf einen umfangreichen Fragenkatalog verwiesen. Erst wenn dieser vom Betreiber abgearbeitet und auch die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, wird die Behörde die Genehmigung für das Wiederanfahren von KKP 2 erteilen. Das Ministerium kündigt an, dass es mit Blick auf den Vorfall auch das eigene Prüfprogramm durchleuchten und ggf. anpassen werde. Des Weiteren weist das Ministerium darauf hin, dass es die Befunde keinesfalls „gelassen“ sehe. Es war über 30 Jahre die Erdebensicherheit und der Schutz vor Flugzeugabsturz nicht hinreichend nachgewiesen. Dieser Mangel sei ein zu beseitigendes Defizit, zeige aber auch, dass unerkannte Restrisiken der Atomenergie nicht auszuschließen seien. Dies sei einer der Gründe für den Atomausstieg.

Der Vertreter der SPD-Landtagsfraktion möchte wissen, ob es bisher kein wirksames System gab, derartige Bolzenabrisse früher festzustellen. Der Vertreter der EnBW Kernkraft GmbH verneint dies, die Bolzen seien durch Brandschutzverkleidungen teilweise verdeckt und bisher schwer zu kontrollieren gewesen. Bei den Umbaumaßnahmen werde man dies aber berücksichtigen und die Bolzen frei zugänglich installieren, damit sie auch bei Rundgängen einer Sichtkontrolle unterzogen werden können.

Der Vertreter des BUND bittet um Auskunft, ob diese Halterungen/Bolzenkonstruktion auch in anderen Gebäudeteilen zum Einsatz kommen und ob diese nach den Feststellungen im Notspeisegebäude überprüft wurden. Der Vertreter der EnBW Kernkraft GmbH bejaht dies. Mit Bezug auf eine weitere Frage des BUND räumt der Betreiber ein, dass auch bei den nun erfolgten Prüfungen nicht alle defekten Bolzen gefunden wurden und es im Nachhinein schwierig sei, genau nachzuvollziehen wann diese gebrochen sind.

Der BUND-Vertreter bittet um Ausführungen zur sog. Beladestrategie für zu ersetzende Brennelemente und eine Erläuterung warum die Zahl der ersetzten Brennelemente 2016 deutlich geringer war. Er bittet dabei um Erklärung, ob sich aus dieser Strategie Sicherheitsrisiken ergeben könnten und ob die jährlich sich ändernden Mengen mit der Brennelementesteuer in Verbindung stehen könnten.

Der Betreibervertreter führt aus, dass die Beladestrategie vor allem auf den Abschalttermin im Jahr 2019 ausgerichtet sei. Auch die Brennelementesteuer sei mitbetrachtet worden. Man könne 2019 keine Brennelemente mehr tauschen, da diese dann nach Abschaltung noch nicht transportfähig wären. Geplant seien nur noch zwei Tauschtermine - 2017 und 2018 sollen je ein Viertel der Brennelemente ersetzt werden.

Das Ministerium bestätigt, dass der Tausch nur mit einer derartigen Langzeitstrategie wie sie vom Betreiber praktiziert wird, unter Verzicht des Tauschs kurz vor der Abschaltung, angelegt werden kann, da die Brennelemente sonst 2019 nicht castorfähig wären. Weiter wird dargelegt, dass die Aufsichtsbehörde dem Betreiber den Brennelementetausch genehmigen muss, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen, man insofern keinen Einfluss auf die Strategie nehmen dürfe. Auch seien keine „Mindestwechselintervalle“ für die Brennelemente vorgeschrieben.

Mehrfach wurde gefragt, was nach aktueller Einschätzung des Betreibers und der Aufsichtsbehörde die Gründe für die Bolzenabrisse sein könnten. Der Vertreter der EnBW Kernkraft GmbH führt aus, dass eine Materialanalyse durchgeführt wurde und die Bolzen nicht durch Korrosion oder Materialfehler nachgegeben haben, sondern nach bisherigen Erkenntnissen durch einen Abriss bedingt sind. Auf eine Frage im Publikum bestätigt die Behörde, dass die Decke des Notspeisegebäudes konstruktionsbedingt so ausgestaltet ist, dass Sie minimal - beispielsweise bei einem Erdbeben - nachgeben kann, daher sind auch die Zwischenwände der vier Räume mit den Notspeisesystemen nicht bis zur Decke hochgezogen. Auch setzt sich Stahlbeton materialbedingt mit der Zeit. Nach bisheriger Einschätzung hat die Decke auf die Halterungen durch vermutlich zu geringen Abstand eingewirkt, wodurch wiederum die Befestigungsbolzen nicht standhielten. Eine abschließende Beurteilung und weitere Untersuchungen stehen jedoch noch aus.

#### **4. Stand des Abbaus von KKP 1 sowie des Baus eines Reststoffbearbeitungszentrums (RBZ) und Standort-Abfalllagers (SAL)**

Die Präsentation des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft ist auf der Internetseite der Kommission abrufbar.

#### **5. Aktuelles/Verschiedenes**

Ein Vertreter der Aufsichtsbehörde berichtet über aktuelle Themen und geht dabei auch auf die Ergebnisse der Untersuchungen zu den vorgetäuschten Prüfungen ein, die bereits in der letzten Kommissionssitzung thematisiert wurde, ein. Der Vortrag ist auf der Internetseite der Kommission hinterlegt.

## 6. Nächste Sitzung

- Themen und Informationswünsche der Kommissionsmitglieder
- Künftige Verfahrensweise zur Meldung und Festlegung von Themenvorschlägen für Sitzungen der Kommission

Der Vorsitzende berichtet, dass zwischenzeitlich einige Themenwünsche an die Geschäftsstelle herangetragen wurden. Er macht den Vorschlag, der auf Zustimmung stößt, dass er künftig auf Basis dieser Sammlung am Ende einer Sitzung Themenvorschläge für die nächste Sitzung zur Diskussion stellen wird. Für den Fall, dass jedoch in der Zwischenzeit besonders relevante Themen, wie beispielsweise kürzlich die vorgetäuschten Prüfungen oder die Revision aktuell werden, würden diese Punkte platziert und dafür andere Themen verschoben werden.

Es besteht Einigkeit, dass das vom BUND gewünschte Thema zu den sog. Nasslagern für Brennelemente zwischenzeitlich als erledigt betrachtet werden kann, da KKP 1 brennelementefrei ist.

In der Themensammlung vorgemerkt wird die neue Anregung des BUND (siehe TOP 2: Härtungsmaßnahmen der Gebäudehülle des Standortzwischenlagers). Außerdem regte der BUND an, die Themen Stilllegungsgenehmigungsverfahren KKP 2 und einen Bericht über eine Stabsrahmenübung KKP zu behandeln.

Beim nächsten Termin sollen folgende Themen behandelt werden:

- Ergebnisse nach den Problemen mit den Halterungen an den Lüftungskanälen (Fragenkatalog)
- Bericht über vorgetäuschte Prüfungen – welche Erkenntnisse ergeben sich daraus z.B. in Bezug auf den Einsatz von Fremdpersonal?

Philippsburg, den 20. Februar 2017

gez. Geschäftsstelle der Informationskommission KKP

### Anlagen

1. Anwesenheitsliste - wird nicht an die Kommissionsmitglieder versandt oder auf der Internetseite veröffentlicht.
2. Präsentation TOP 2 (MdB Kottling-Uhl)
3. Präsentation TOP 3 (EnBW Kernkraft GmbH)
4. Präsentation TOP 4 (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft)
5. Präsentation TOP 5 (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft)